

Trotzdem

das Rundschreiben der Freiplatzaktion Basel



Ausgabe 20 | Mai 2025



Bild: Moreno Casasola

Es ist durchaus beeindruckend mit welcher Akribie und Beharrlichkeit SVP und FDP und ihre medialen Entsprechungen das Thema Migration seit Jahren bis in den kleinsten Bereich hinein beackern. Nirgendwo wurden Einsparmöglichkeiten und Abschreckungsgrade genauer bemessen und für kein anderes Thema wurden mehr parlamentarische Sondersessionen einberufen. Um davon abzulenken, dass sich unsere demokratischen Institutionen zunehmend auf einem politischen Nebenschauplatz verausgaben, während die Gegenwart an ganz anderer Stelle entschlossenes Handeln erfordern würde, bedarf es einer ständigen sprachlichen Neujustierung der Migrationsdebatte.

Aktuell versucht die SVP, den Begriff der «Asylmigranten» zu etablieren, sei es in parlamentarischen Anträgen oder in ihren Initiativen zur Zuwanderungsbegrenzung und zum Grenzschutz. Dabei geht es darum, Unterschiede zu verwischen und Geflüchteten eine moralisch unlautere Absicht zu unterstellen. Das Präfix «Asyl» dient als Vehikel für die vermeintlich ver-

borgenen Agenden dieser Menschen: «Migration». Suggestive Bindestrich-Wörter haben in der Schweiz Tradition und Begriffe wie «Wirtschaftsflüchtlinge» oder «Sozialschmarotzer» sind bereits in den Sprachgebrauch vieler Menschen übergegangen.

Derartige Wortschöpfungen reichen von polemischen Kampfbegriffen bis hin zu offensichtlichen Falschaussagen, die durch ständige Wiederholung langsam zur Realität werden. Sie beeinträchtigen unsere Fähigkeit, differenziert zu denken, und zementieren eine bestimmte Weltansicht in unseren Köpfen. Jedoch ist es nicht immer so offensichtlich: Etwa wird oft über «illegale Migrant:innen», «illegale Einreisen» oder «illegale Grenzübertritte» gesprochen. Diese Begriffe suggerieren eine rechtliche Klarheit, die so nicht existiert. Eingereiste Personen ohne Aufenthaltsstatus können durch ein Asylgesuch oder durch Weiterreise ihren Status legalisieren. Das Herausstreichen des vermeintlichen Rechtsbruchs suggeriert einen Handlungsbedarf und ist daher stark politisch gefärbt, insbesondere weil sich diese

Form der Legalitätsprüfung auch auf viele gesellschaftliche Bereiche übertragen liesse. Niemand spricht indessen von «illegalen Mieten» (weil sie zu hoch sind und gegen das Mietrecht verstossen) oder von «illegalen Polizeikontrollen» (obwohl illegales Racial Profiling stattfindet).

In dieser Ausgabe des «Trotzdem» widmen wir uns der Herstellung von «Illegalität», sei es durch aktuelle Grenz- und Polizeikontrollen, durch Racial Profiling oder durch aktuelle politische Debatten und Vorstösse in der Schweiz. (mb)

**Dauerhafte
Grenzkontrollen**

Seiten 2-3

**Kein Mensch
ist illegal**

Seiten 4-5

**Linke
Migrationspolitik**

Seiten 6-7

Tax the rich!

Seite 8

Veranstaltung mit Podcast

Dauerhafte Grenzkontrollen, Pushbacks und Racial Profiling

Seit Mitte September 2024 führt Deutschland an allen Landesgrenzen Grenzkontrollen durch, an der Grenze zur Schweiz bereits seit Oktober 2023. Diese Praxis steht im Widerspruch zum Schengen-Abkommen und der Personenfreizügigkeit. Die Auswirkungen sind tiefgreifend – für geflüchtete Menschen wie auch für Pendler:innen. Im Rahmen der schweizweiten Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt haben wir dieses Thema aufgegriffen und im Badischen Bahnhof, einem zentralen Ort dieser Praxis, eine Podiumsdiskussion organisiert. «Dauerhafte Grenzkontrollen, Pushbacks und Racial Profiling» lautete der Titel der Veranstaltung und stellte die vergangenen und bevorstehenden Auswirkungen der Europäischen Migrationspolitik in den Fokus. Wir stellten uns die Frage, wie diese Grenzkontrollen rechtlich einzuordnen sind, was sie mit den Menschen machen, die sie erleben müssen, inwieweit sie die gesellschaftliche Wahrnehmung der Kontrollierten beeinflussen und was dagegen getan werden kann. Knapp 100 Personen nahmen an diesem Abend teil und diskutierten mit Johannes Siegel (Universität Konstanz), Dr. Lisa Borrelli (HES-SO Valais-Wallis), Lara Hoeft (Pikett Asyl und Bündnis «NoGEAS») und Moritz Bachmann (Freiplatzaktion Basel) auf dem Podium.

Nebst den rechtlichen und gesellschaftspolitischen Implikationen der Grenzkontrollen wurde das alltägliche Geschehen vor Ort diskutiert. Zur Kontextualisierung berichteten Lea Schlunegger und Katrin Heegewald von der Freiplatzaktion Basel von ihren Beobachtungen zwei Wochen zuvor am Badischen Bahnhof. Diese zeigten, dass bei jedem Zug aus Basel SBB nach Deutschland deutsche Bundespolizist:innen aussteigen - teils in Begleitung von Personen, teils allein. Die-

se Regelmässigkeit schlägt sich auch in den Zahlen nieder: Im Jahr 2024 fand fast ein Sechstel aller Zurückweisungen an den deutschen Aussengrenzen am Badischen Bahnhof statt. Die aktuelle Praxis sieht vor, dass Vierergruppen von Polizist:innen während der 12-minütigen Fahrt (Basel SBB - Badischer Bahnhof) den gesamten Zug kontrollieren, um «illegale Grenzgänger:innen» am Grenzübertritt nach

«Vorübergehende» Grenzkontrollen werden so weit ausgedehnt, dass diejenigen zwischen Deutschland und Österreich in diesem Jahr bereits ihr zehnjähriges Jubiläum feiern.

Deutschland zu hindern. Warum solche Kontrollen im Schengen-Raum überhaupt möglich sind, erklärte Johannes Siegel: Seit den 1990er Jahren gilt im Schengen-Raum die Personenfreizügigkeit und es sind keine Grenzkontrollen vorgesehen. Die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, in Ausnahmefällen vorübergehend wieder Grenzkontrollen einzuführen, war jedoch von Anfang an festgeschrieben. «Vorübergehend» wird so weit ausgedehnt, dass die Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum feiern und Deutschland gerade seine nationalen Grenzkontrollen um weitere sechs Monate verlängert hat - offiziell mit der Begründung, «irreguläre Migration» einzudämmen und «Schleuserkriminalität» zu bekämpfen. Obwohl die Europäische Kommission eigentlich gegen solche Massnahmen vorgehen müsste,

wurde der Schengener Grenzkodex reformiert und statt der Einhaltung der Regeln durchzusetzen, wurden die Ausnahmeregelungen faktisch zur Norm.

GEAS als logische Konsequenz

Auch das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), das auf europäischer Ebene beschlossen wurde, steht unter dem Vorzeichen, bislang widerrechtliche Praktiken der Mitgliedstaaten zu legalisieren. Das GEAS zielt darauf ab, Asylverfahren an den EU-Aussengrenzen zu beschleunigen und die Verantwortung für Schutzsuchende vermehrt auf Erstaufnahmestaaten abzuschieben. Lara Hoefts Beitrag vom Bündnis «NoGEAS» zeigt, dass die Auswirkungen der Reform weit über die Aussengrenzen hinausgehen: Sie führen zu einer grundlegenden Verschärfung der europäischen Asylpolitik, insbesondere im Rahmen der Dublin-Verordnung. Praktisch bedeutet dies etwa die Einführung flächendeckender Screening-Verfahren für «Drittstaatsangehörige» ohne Visum oder Aufenthaltbewilligung sowie den Ausbau europäischer Datenbanken, auf die Sicherheitsbehörden grenzüberschreitend zugreifen können.

Zurück zur zwölfminütigen Zugfahrt zwischen Basel und dem deutschen Grenzgebiet, auf den Grenzkontrollen bereits heute stattfinden: Es ist klar, dass aus Zeitgründen nicht alle Reisenden kontrolliert werden können und es stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Grenzpolizei die zu kontrollierenden Personen auswählt. Laut Johannes Siegel basiert die Auswahl der zu kontrollierenden Personen häufig auf Zuschreibungen - etwa hinsichtlich der Nationalität, der Hautfarbe oder der vermuteten Herkunft. Dieser Vorgang ist ein zentraler Bestandteil von Racial Profiling: Körper und

Merkmale werden bestimmten Risiken und ein Bild von Gefahr zugeordnet. Diese Zuschreibung ist zwar nicht immer der einzige Grund für eine Kontrolle, spielt aber häufig eine wichtige Rolle.

Diese Kontrollen sind in der Regel weder zielführend, noch basieren sie auf einer hohen «Trefferquote». Dies betont auch Lisa Borelli, die darauf hinweist, dass Grenzkontrollen in erster Linie Ausdruck des politischen Willens sind und weniger auf Fakten oder Zahlen beruhen. Staaten nutzen sie, um Souveränität zu demonstrieren und Machtverhältnisse zu stabilisieren. Diese Kontrollen werden gesellschaftlich internalisiert: Betroffene schränken ihre Mobilität ein und ziehen sich aus dem öffentlichen Raum zurück. Kontrollierende gewöhnen sich an die Praxis, wodurch stereotype Bilder reproduziert werden – ohne kritische Reflexion. Auch Beobachter:innen interpretieren Kontrollen oft als Zeichen von Gefahr. So verlagern sich Grenzen zunehmend nach innen, tief ins Selbstverständnis von Gesellschaften.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion und im Austausch mit dem Pu-

blikum stand die Frage im Mittelpunkt, wie die beschriebene Internalisierung und Normalisierung von Grenzkontrollen durchbrochen und aufgelöst werden können. Verschiedene Ansätze wurden diskutiert - von einer App, in der die Zürcher Polizei künftig die Gründe für Personenkontrollen dokumentieren muss, über die Gründung einer Pendler:innengruppe gegen Racial Profiling bis hin zu einer Website, auf der Fälle von Racial Profiling gemeldet werden können und der Einrichtung unabhängiger Ombudsstellen. Die unterschiedlichen Perspektiven des Publikums und der Diskutierenden ergänzten sich und machten deutlich, dass auf mehreren Ebenen angesetzt werden kann: Einerseits besteht Hoffnung auf Veränderungen durch gesetzliche Anpassungen - etwa indem die verpflichtende Dokumentation von Kontrollgründen Polizist:innen dazu anregt, ihr Handeln zu reflektieren. Andererseits wurde betont, wie wichtig auch zivilgesellschaftliches Handeln ist. Trotz dieser verschiedenen Ansatzmöglichkeiten, sich gegen Racial Profiling zu wehren, müssen wir leider auch anerkennen, dass diese Praxis sowohl Aus-

druck als auch zentrales Instrument zur Durchsetzung einer rassistischen Gesellschaftsordnung ist, die wesentlich durch allgegenwärtige rassistische Diskurse, ein System der Ungleichheit und eine kaum bewusste Kolonialgeschichte gestützt wird. In diesem Zusammenhang ist es essentiell, neben dem immer wiederkehrenden Bewusstmachen der strukturellen Gegebenheiten, die Einzelfälle nicht aus den Augen zu verlieren, sich zivilgesellschaftlich zu organisieren und sich gegen vorherrschende Regime zu wehren. (kh)

Zum Podcast gehts hier lang:



AKTIONSTAGE GEGEN RASSISTISCHE POLIZEIGEWALT

Das Programm der Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt wurde vom No More Komitee organisiert. Für Vernetzung, Organisation oder Infomaterial kann direkt mit ihnen Kontakt aufgenommen werden.

IG @nomore_comittee
<https://www.nomorekomitee.ch>

Sprachhegemonie

Kein Mensch ist illegal

Ein Polizist steht auf dem Bahnsteig auf dem badischen Bahnhof und formt ein X mit seinen Armen. Die Geste richtet sich an einen jungen Mann auf dem gegenüberliegenden Gleis. Seine Botschaft ist eindeutig: Du darfst hier nicht weiter. Später sprechen wir drei patrouillierende Polizistinnen darauf an. Sie bestätigen: «Wir hindern Menschen daran, nach Deutschland weiterzureisen.» Zur Begründung heisst es: «illegale» Migration sei zu verhindern – Straftaten müssten unterbunden werden.

So alltäglich diese Szene am badischen Bahnhof ist, so prägend ist sie für die öffentliche Wahrnehmung von Migration. Der Diskurs um «illegale Migration» oder sogar «illegale Migrant:innen» prägt nicht nur das Polizeihandeln, sondern die gesamte politische und gesellschaftliche Wahrnehmung von Migration. Dabei ist der Begriff sowohl irreführend als auch entmenschlichend.

Migration wird zum individuellen Fehlverhalten

Der Begriff «illegal» suggeriert, dass es sich um ein individuelles Fehlverhalten handelt – als ob es sich bei Migration um ein Verbrechen handelt. Doch wer flieht oder migriert, begeht keinen Raub, keine Erpressung, keinen Überfall. Oft wird vergessen, dass Menschen, die Schutz suchen, nach Art. 31 der Genfer Flüchtlingskonvention nicht für die Umstände ihrer Einreise bestraft werden dürfen. Sobald jemand Asyl beantragt, ist sein Aufenthalt legal. Und dennoch: Begriffe wie «irreguläre» oder «illegale Migration» sind überall – und wirken. Sie schaffen Distanz und Rechtfertigung für repressive Praktiken.

Der Begriff wird häufig genutzt um Wanderungsbewegungen, die ausserhalb oder entgegen der von Nationalstaaten festgelegten rechtlichen Bestimmungen und Regeln stattfindet, zu beschreiben. Dies betrifft zum Beispiel die Einreise zur Arbeitsaufnahme ohne die erforderlichen Genehmigungen.¹

Dabei suggeriert der Begriff, ein individuelles Fehlverhalten, dass sich durch die ständig sichtbaren Polizeikontrollen rassifizierter Personen in unsere Wahr-

nehmung einprägt. Der Begriff suggeriert zudem, dass Migration illegitim sei.

Von «illegaler Migration» zu sprechen, macht es einfacher, Menschen von der eigenen politischen Agenda zu überzeugen. Gerade rechte Parteien wie die SVP nutzen den Begriff strategisch, um Ängste zu schüren und ihre Politik zu legitimieren. Nach der knappen Niederlage 2024 bei der Einschränkung zum Familiennachzug für Menschen mit einer vorläufigen Aufnahme, zielt sie nun im 2025 auf nichts anderes ab, als auf die Abschaffung des Asylrechts sowie des internationalen Menschenrechtsschutzes.²

Dieser Diskurs beruht aber auf einem Trugbild. Es wird vorgegaukelt, das flüchtende Menschen auf legalen Wege hierherkommen könnten und die «illegalen» Wege nur nutzen würden, weil sie ohnehin keinen Schutzanspruch hätten. Aber Fakt ist, dass legale Fluchtwege kaum existieren. Niemand würde sich in einem wackligen Schlauchboot in Lebensgefahr begeben, sich von brutalen Grenzschützer:innen verprügeln lassen, in überfüllten Lastwagen durch Europa fahren und für all das auch noch tausende an Euros bezahlen, wenn er oder sie sicher mit dem Flugzeug einreisen könnte.³

Schon seit den 1980er Jahren kämpfen migrantische Bewegungen und linke Aktivist:innen gegen diese Verunmenschlichung von Migration. Mit Parolen wie «Kein Mensch ist illegal» oder «No Border! No Nation!» fordern sie die grundlegende Anerkennung globaler Bewegungsfreiheit.⁴

Es ist höchste Zeit, den Diskurs wieder so zu führen und nicht von Rechts bestimmen zu lassen. Denn Migration ist kein Ausnahmezustand. Zu einem we-

sentlichen Teil ist diese Mobilität eine eigensinnige Reaktion auf die dramatischen Folgen neoliberaler Globalisierung. Migration entsteht durch Kriege, Umweltzerstörung und wirtschaftliche Ungleichheit, oft ausgelöst durch genau jene globalen Verhältnisse, von denen der globale Norden profitiert. Anstelle Ver-

Begriffe wie «irreguläre» oder «illegale Migration» sind überall und wirksam: Sie schaffen Distanz und Rechtfertigung für repressive Praktiken.

antwortung zu übernehmen reagiert der globale Norden mit Abwehr, Abschottung und Kriminalisierung von Migration. Dabei wird Mobilität selektiv reguliert und profitabel gemacht: Wer nützlich ist, darf reisen – wer nicht, wird eingesperrt, abgeschoben, dem sicheren Tod überlassen. Der gewollte Effekt ist, dass die meisten Menschen im globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. Die überwiegende Mehrheit der Menschen wird dadurch in ihren Herkunftsländern «fixiert». Grenzen erscheinen so als selbstverständlich, als natürlich – und werden kaum hinterfragt. Dabei wäre genau das notwendig.⁵

Ein grundlegendes Umdenken ist zwingend

Globale Bewegungsfreiheit sei kein utopischer Traum. Globale Bewegungsfreiheit ist nach Georgi deshalb nicht nur ethisch geboten, sondern strategisch notwendig, um globale Kräfteverhältnisse in eman-



Im Dezember 2010 begruben Aktivist:innen der «Bleiberecht für alle»-Bewegung symbolisch die Menschenwürde auf dem Jaunpass. Als Abschreckungsmassnahme zur Bekämpfung «illegaler Migration» wurde dort eine Woche zuvor das bis dato abgelegenste Asylcamp eröffnet.

patorischen Sinne zu verschieben. Dies wiederum ist eine Bedingung dafür, die Ursachen kapitalistischer Krisen und Kriege endlich aufzuheben.⁶

In einer Welt, in der alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind, müssen insbesondere jene Privilegien hinterfragt werden, die allein auf ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft oder Staatsbürgerschaft beruhen. Wir fordern daher nicht rechtmässige und «humane» Kontrollen, kein neues Gesamteuropäisches Asylsystem, das bloss die Einhaltung von Minimalstandards verwaltet, deren Unvereinbarkeit mit den Menschenrechten schon heute von etlichen Gerichten immer wieder festgestellt wird. Wir fordern die Abschaffung der Kontrollen und das Recht aller Menschen, selbst zu entscheiden, wohin sie gehen oder wo sie bleiben möchten. So wie ich heute fast uneingeschränkt reisen, leben und arbeiten kann, muss diese Freiheit auch Menschen offenstehen, die keinen Schweizerpass haben. (Is)

Quellennachweise

- 1 www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/504450/was-ist-migration/
- 2 Eine Zusammenstellung der aktuell pendenten parlamentarischen Geschäften finden sich hier: <https://www.sosf.ch/de/article/migrationspolitik-la-trump-grenzschiessung-entrechtung-massenausschaffung>. Der direkte Angriff auf die Tätigkeit des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs ist in der Motion 24.3485 von Ständerat Andrea Caroni.
- 3 www.proasyl.de/news/der-begriff-irregulaere-migration-und-wie-erzur-taeschung-eingesetzt-wird/
- 4 Georgi Fabian, Was ist linke Migrationspolitik? Warum globale Bewegungsfreiheit nicht nur ethisch geboten, sondern strategisch notwendig ist, Januar 2015, in: Luxemburg, Gesellschaftsanalyse der Linke Praxis, abrufbar unter zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-ist-linke-migrationspolitik/

5 ebenda

6 ebenda

Alles ist «illegal»

Linke Migrationspolitik gegen rechten Wahnsinn

Über kaum ein Thema abseits von Fussball wird so oft und so leidenschaftlich debattiert, wie über Migrationspolitik, in der Schweiz nicht minder, denn anderswo. Die Positionen sind dabei klar: die politische Rechte propagiert seit Jahrzehnten Abschreckung, Härte und Eindämmung jeglicher Migration abseits der für sie Nützlichen, weshalb sie alles Unliebsame als «illegal» brandmarkt. Die politische Linke ihrerseits beruft sich auf Menschenrechte, verteidigt sozialhistorische Errungenschaften und gibt sich

Der Kampf darum, was als «illegal» gilt, dürfte bei der Eindämmung des rechten Wahnsinns entscheidend sein.

dennoch progressiv, weitestgehend im Sinne der Skizzierung einer «offenen Gesellschaft für alle». Die politische Mitte ihrerseits schwankt zwischen «humanitärer Tradition» und «Migrationsmanagement» – weshalb sie sich im Ergebnis leider öfters dort verortet, wo das Geld winkt und die eigenen Kosten so tief wie möglich erscheinen.

Immer wieder einmal scheren Exponent:innen aller Lager aus, machen sich die Sichtweise der Gegnerschaft zu eigen und sorgen damit für Unruhe. Meistens geht es dabei darum «dass jemand es jetzt einfach verstanden und deshalb etwas zu sagen hat, dringend!». Einen wirklichen Plan hat indes niemand, was vornehm-

lich dem Umstand geschuldet ist, dass das Thema dann eben doch etwas komplizierter ist als Fussball. Treu dem Motto unserer Zeitschrift wollen wir trotzdem versuchen, das Komplizierte verständlich zu machen und ein paar Leitlinien zu definieren. Notabene aus linker Perspektive.

Es ist alles bekannt

Ein wichtiger Punkt, den sich eine linke Migrationspolitik vermehrt zu Herzen nehmen sollte ist: es ist im Prinzip alles bekannt. Selbstverständlich braucht es weiterhin Migrationsforschung, gerade um den Aspekten der Reflexion und der diversen Perspektivenerfassung gerecht zu werden. Aber um es ein wenig ketzerisch zu formulieren: Migration als Phänomen ist zwar komplizierter als Fussball, aber so kompliziert, dass es wieder und wieder die immer gleichen schriftlichen Abhandlungen in nuancierter Form benötigten würde, ist es eben auch nicht. Dies ist nicht wissenschaftsfeindlich gemeint, sondern als Ermutigung, Bekanntes als eben bekannt zu begreifen und sich in Folge mehr um die Veränderung zu bemühen. Was also ist bekannt?

Es geht um Geld...

...individuell wie politisch. Migrationspolitik ist Wirtschaftspolitik. Und individuelle Prekarität das Ergebnis ungleicher Verteilung und einer Politik des Privilegienschutzes. So einfach ist das. Der politische Kampf um «Geld» letztlich also auch aus migrationspolitischer Perspektive entscheidend. Dies kann vor allem für eine immer urbanere Linke bedeuten,

dass sie zwar modern denkt aber trotzdem altmodisch handelt: ein wenig mehr Antikapitalismus und ein bisschen weniger Antidiskriminierung täte gut, gerade im Migrationsbereich. Denn dort gilt im europäischen Asylwesen:

Es kommen weder die Richtigen noch die Falschen...

...um ein unlängst erfolgtes Streitgespräch zwischen Balthasar Glättli und Frank Urbaniok¹ aufzunehmen. Es kommen einfach diejenigen, die es schaffen und der grosse Rest all jener, die es nicht schaffen, bleibt an den Aussengrenzen Europas hängen. Deshalb auch GEAS, um dies so beizubehalten. Alle die gegangen sind, würden gerne ankommen. Und alle haben sie sehr gute Gründe, sowohl für das Gehen als auch das Ankommen. Nur: es gibt (fast) keine Möglichkeiten für das Ankommen ausserhalb des Asylwesens, weshalb...

...es dringend etwas Zusätzliches braucht!

Und zwar nicht «legale Fluchtwege», die eine Art Widerspruch in sich darstellen. Selbst wenn alle «legal» flüchten würden, könnten sie deshalb noch lange nicht «legal» ankommen. Also braucht es beides: eine neue Möglichkeit des Ankommens und Bleibens für die überwältigende Mehrheit aller Migrant:innen als auch – wie bis anhin – Schutz für verfolgte Personen in Form von Asyl. Doch wie kann das gelingen?

Sicher nicht über den Einzelfall...

...womit ein weiteres Dilemma linker Migrationspolitik angesprochen werden sollte: das Vertrauen in die zunehmende Verrechtlichung des Migrationsbereichs. Das ständige Verteidigen von Rechten produziert immer mehr juristische Auseinandersetzungen und immer mehr Jurist:innen. Dies führt letztlich dazu, dass progressive Errungenschaften vorwiegend über die Verhandlung der Rechte

eines Individuums erzielt werden sollen – was die primäre Bedrohungslage kontradiert, in der sich die allermeisten Migrant:innen befinden. Die Juristerei ist die Waffe des Individuums, doch es ist letztlich eben nicht entscheidend, ob eine einzelne Person «genau das erlebt hat, was ihr persönlich Recht gibt». Also braucht es kollektive Ansätze. Wobei sich die Frage stellt:

Wer ist «kollektiv»?

Hier darf sich die politische Linke etwas an der eigenen Nase nehmen. Seit dem stärkeren Aufkommen von Identitätspolitik hat sich zwar der Einbezug von Direktbetroffenen im Rahmen linker Politik verbessert, gleichzeitig aber die Nichtbereitschaft zum Dialog ausserhalb der «eigenen Bubble» und des eigenen Wissensstandes verschlechtert. Dies ist bedauerlich. Denn rückbezüglich auf wünschenswerte Durchbrüche scheint es offensichtlich, dass eine linke Migrationspolitik nur Sinn ergibt, wenn sie sich von den Mehrheitsverhältnissen nicht einfach abwendet. Nein, die Revolution wird sehr wahrscheinlich nicht kommen, egal wie

viele Kämpfe man noch verbindet. Ergo geht es nur, wenn mit «kollektiv» alles gemeint ist, was nicht im «rechten Spektrum des Wahnsinns» wütet. Dies bedeutet, dass man reden muss. Vor allem mit Menschen, die (vielleicht) eine andere Sichtweise haben. Die aber nicht per se nur falsch sein muss. Das mag unangenehm sein. Und oftmals auch zu Uneinigkeit führen. Aber diese Widersprüche muss man aushalten und sowohl den Inhalt als auch deren Träger:innen in das eigene Tun mit einbeziehen.

Klare Kante

Eine linke Migrationspolitik sollte es ergo schaffen, Dinge klar zu benennen, ohne sie ständig zu erklären. Sie muss Gegebenheiten bewerten, solange sie deren Hintergrund und Entstehungsgründe kennt. So muss sie bspw. Frank Urbaniok im Punkt beipflichten, dass der Import patriarchaler Denkweisen durch Migration problematisch ist, weil patriarchale Denkweisen an sich problematisch sind. Franks Lösungsvorschläge, die sich natürlich einfach auf Abschottung beschränken, darf sie auch nicht einfach nur mit Verweis auf die

komplizierten Hintergründe verurteilen. Nein – sie muss aufzeigen, dass sie eigene Handlungsansätze hat, die besser sind, ohne dabei die eigenen Grundsätze über Bord zu werfen. Ein solches Vorgehen ist äusserst schwierig, doch man wird nicht darum umher kommen. Denn eines ist sicher: Die wahnsinnige Rechte ist so stark wie schon lange nicht mehr. Doch glücklicherweise liegt sie auch falsch. Der Kampf darum, was als «illegal» gilt, dürfte bei der Eindämmung dieses Wahnsinns entscheidend sein.

Ironischerweise schafft es letztlich auch dieser Text nicht, die eigene Vorgabe einzuhalten, ständig neu erklären zu wollen. Zusammenfassend deshalb: redet miteinander. Und hört einander zu. (*cas*)

Quellennachweise

- 1 <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-philosophie/video/migration-und-ihre-schattenseiten---wo-bleibt-die-gerechtigkeit?urn=urn%3Asrf%3Avideo%3A77fb502a-6d53-48f6-85bf-eac59be42050>



Der Kampf um linke Migrationspolitik ist alt: anno 2012 wurde deshalb das Sekretariat der SP Schweiz in Bern besetzt.

Zur Abstimmung vom 18. Mai 2025

Tax the rich!

Zum zehnten mal bereits ist am 13. September diesen Jahres der «Lauf gegen Grenzen» am Start! Leider sammelt er immer noch Geld, denn wären die Verhältnisse besser, nun dann wäre der Lauf ja unnötig. Aber leider sind wir davon weit entfernt.

Ebenfalls Geld sammelt bekanntlich die Basler Pharmaindustrie. Beim wenig bekannten, aber nicht minder bedeutsamen «Lauf gegen Steuergleichheit» sind die Erträge zwar konsequent dem Eigennutz gewidmet, dennoch weiss bspw. eines der Mitglieder des traditionsreichen «Team Abwanderung» über sich zu berichten, dass es «seit mehr als einem Jahrhundert das Leben von Menschen verbessert». Im Namen dieser puren Nächstenliebe wurde bislang auch konsequent auf Sponsoring verzichtet – doch damit ist jetzt Schluss!

Für 2025 hat das «Team Abwanderung» einen neuen Grosssponsor am Start, der sich nicht lumpen lässt: rund 400 Mio. CHF jährlich will sich die Stadt Basel ihr Sponsoring kosten lassen, lässig! «Wir dachten eigentlich, dass wir schon viel zu viel Geld haben», meint einer der Captains von «Team Abwanderung» auf Anfrage. «Aber als dann dieses OECD-Steuer-Dings kam, da wurden wir schon ein bisschen nervös, dass wir nachher nur noch zu viel Geld haben. Also haben wir mal mit der

Stadt gesprochen, ob sie sich so ein Sponsoring vorstellen könnte.» Eine Feel-Good-Story also!

Blöd nun für das «Team Abwanderung»: im letzten Moment bekamen andere Teams Wind vom Staatssponsoring und legten Protest ein. «Es kann ja nicht sein, dass ausgerechnet der bisherige Seriensieger der Konkurrenz noch weiter enteilt – da muss die Stadt schon ein bisschen für mehr* Ausgleich sorgen», meint Sandra Luchsinger, Mediensprecherin des «Team Referendum», das den erfolgreichen Protest einlegte.

Abstimmung am 18. Mai 2025

Wie es nun in dieser ungewöhnlichen Angelegenheit weiter geht, ist mittlerweile klar: durch den Protest wurde ein Grossteil der Bewohner:innen der Stadt Basel dazu aufgerufen, über den Sachverhalt mitzuzentscheiden. «Das nennt man Abstimmung», so Luchsinger. «Und die ist am 18. Mai 2025. Wir hoffen, dass dann ein Sponsoring für alle statt für wenige ankommt».

Hoffen wirs! (cas)

www.laufgegengrenzen.ch



PS: Da Migrationspolitik bekanntlich Wirtschaftspolitik ist, empfehlen wir am 18. Mai ein dickes «NEIN» zum Grossratsbeschluss vom 5. Februar 2025 betreffend Änderung des Standortförderungsgesetzes.

PS2: Ok: Neben den 400.-- mio. an die Pharma gehen von insgesamt 500.-- mio. auch 100.-- mio. an soziale Zwecke. Gerechte Verteilung halt. Ginge auch anders.

PS3: alle Namen in diesem Text sind frei erfunden. Fast.

Impressum



Redaktion, Layout & Lektorat
Freiplatzaktion Basel; Moritz Bachmann (mb), Moreno Casasola (mc), Katrin Heegewald (kh), Lea Schlunegger (ls).

600 Exemplare

Spendenkonto
Basellandschaftliche
Kantonalbank
4410 Liestal/H
IBAN CH6800769016310143829

Kontakt
Freiplatzaktion Basel
Elsässerstrasse 7
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 691 11 33
infos@freiplatzaktion-basel.ch
www.freiplatzaktion-basel.ch